



Fraktionsantrag	Vorlage-Nr: VO/2018/771	
Federführend: FB 1 Zentrale Dienste	Status: öffentlich Datum: 13.12.2018 Ansprechpartner/in: Bearbeiter/in: Campos-Sorroche, Mandy	
Gemeinsamer Fraktionsantrag SPD, DIE LINKE und SSW - Wiedereinstieg in den kommunalen Wohnungsbau - Beantragung von Haushaltsmitteln zur Entwicklung eines Konzepts		
Beratungsfolge:		
Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	Entscheidung

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

Entfällt.

2. Sachverhalt:

Der Sachverhalt ergibt sich aus dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE und SSW vom 12.12.2018.

Anlage/n:



SPD-Kreistagsfraktion
Rendsburg-Eckernförde
Kaiserstr. 8
24768 Rendsburg
Tel.: 04331/202-360
Email: spd-fraktion@gmx.de

Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Rendsburg-Eckernförde
Kaiserstr. 8
24768 Rendsburg
Tel.: 04331/ 202-10 38
Email: kreistag@linke-rdeck.de

SSW-Kreistagsfraktion
Rendsburg Eckernförde
Kaiserstr. 8
24768 Rendsburg
Tel.: 0176 800 95 803
Email: MSchunck.SSW@web.de

An die
Kreispräsidentin des
Kreises Rendsburg-Eckernförde
Frau Dr. Juliane Rumpf

Rendsburg, den 12.12.2018

- im Hause -

**Betreff: Kreistagssitzung am 17.12.2018, hier TOP 11, Haushaltsangelegenheiten,
Gemeinsamer Antrag von SPD-, Die Linke- und SSW-Kreistagsfraktion zum Konzept
zum Wiedereinstieg in den kommunalen Wohnungsbau**

Sehr geehrte Frau Kreispräsidentin,

der Kreistag möge beschließen:

die SPD-Kreistagsfraktion, die Fraktion Die Linke und die SSW-Kreistagsfraktion beantragen, 100.000 € für die Erarbeitung eines Konzeptes zum Wiedereinstieg in den kommunalen Wohnungsbau im Kreis in den Haushalt 2019 einzustellen. Es soll ein Konzept beauftragt werden, das die verschiedenen Möglichkeiten des Wiedereinstiegs in den kommunalen Wohnungsbau aufzeigt. Dabei ist auch die Möglichkeit der Beteiligung von Kommunen zu berücksichtigen.

Begründung:

Wohnungen sind zu einem begehrten Objekt für Finanzspekulation geworden. Mieterinnen und Mieter werden aus ihren Wohnungen vertrieben, um diese nach Sanierung mit hoher Rendite zu vermarkten. Die Mieten steigen zum Teil erheblich. Viele können sich die steigenden Wohnkosten für Miete, Nebenkosten, Wasser, Strom und Heizung nicht mehr leisten. Sie haben zunehmend Schwierigkeiten, bezahlbare und angemessene Wohnungen zu finden. Dazu gehören „Normalverdiener“, aber auch Rentnerinnen und Rentner. Am stärksten betroffen sind Geringverdienerinnen und Geringverdiener sowie Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen. Auch die demografische Entwicklung erfordert eine Planung von Wohnquartieren, die die Lebensräume für Junge und Ältere bieten und den zukünftigen Bedarf berücksichtigen. Die Herausforderungen bei der Versorgung mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum nehmen deutlich zu. Wohnen ist ein Grundrecht. Die Miete muss bezahlbar sein - für alle. Wesentliche Ziele des kommunalen Wohnungsbaus sind die Steuerung und Planung von Wohnungsbau vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und die Unterstützung von Haushalten, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, muss der Kreis alle zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Kai Dolgner
(Fraktionsvorsitzender)

gez. Maximilian Reimers
(Fraktionsvorsitzender)

gez. Dr. M. Schunck
(Fraktionsvorsitzender)